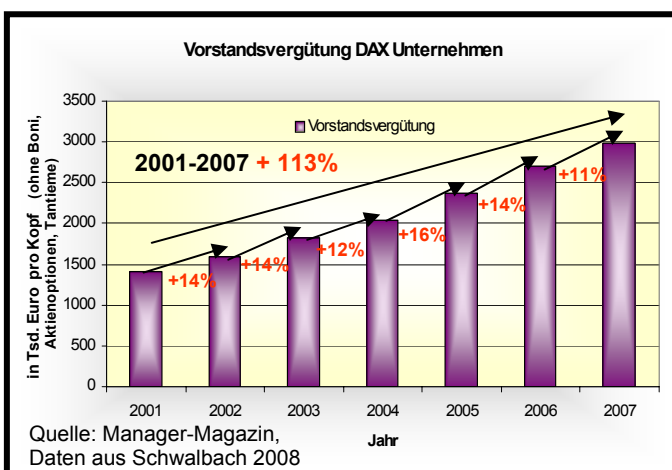


Den Exzessen ein Ende setzen!

Die Finanzkrise zieht die Realwirtschaft unaufhaltsam in ihren Sog. Überall herrscht das gleiche Bild: zusehends leere Auftragsbücher, zeitweise Stilllegung der Produktionsanlagen und drohende Entlassungen. Erneut ruft die Elite der deutschen Wirtschaft die Arbeitnehmer zur Bescheidenheit auf, um den Wirtschaftsstandort Deutschland nicht zu gefährden. Das gilt für sie jedoch nicht. Wasser predigen und Wein trinken, so das Motto in vielen Unternehmen. Je größer das Unternehmen, desto edler der Wein. So haben sich die Vorstände der deutschen Vorzeigeunternehmen in den letzten Jahren ein gutes Vermögenspolster angelegt. Die Vorstände der 30-DAX-Unternehmen verdienten 2001 mit rund 1,4 Mio. Euro das 55fache des Durchschnittseinkommens eines Arbeitnehmers. 2007 beliefen sich die Vorstandsgehälter auf knapp 3 Mio. Euro. Das ist das 111fache des Durchschnittslohns eines Arbeitnehmers. Dies bedeutet eine Steigerung von 113 % in nur 6 Jahren. Hinzu kommen noch zahlreiche Bonuszahlungen, Tantiemen und Erlöse aus Aktienoptionen. So kam etwa Porsche-Chef Wiedeking auf bescheidene 100 Mio. Euro 2007. Gleichzeitig waren jedoch die Mitarbeiterzahlen der DAX-Unternehmen in Deutschland rückläufig, allein im Jahr 2006 rund 44.000. Nach dem Motto: weniger Beschäftigte, höhere Gewinne, mehr Bonuszahlungen.



Das Wort „Bonus“ stammt aus dem Lateinischen und bedeutet „gut“. Also eine Zahlung für „gute“ Arbeit – normalerweise. Dass man aber für schlechte Arbeit auch Anspruch auf Bonuszahlungen hat, beweist die Allianz-Tochter Dresdner Bank. Sie verschenkt 400 Mio. Euro Bonuszahlungen an ihre Investmentbanker, obwohl diese Bankmanager 2,37 Milliarden Euro Verluste zu verantworten hatten. Die Zeche für diese Misswirtschaft wird den Beschäftigten in

Rechnung gestellt. Nach dem Zusammenschluss der Dresdner mit der Commerzbank sollen 10.000 Angestellte ihren Arbeitsplatz räumen. Allein dieses Beispiel verdeutlicht die Selbstbedienungsmentalität vieler Vorstände, die sich nach Lust und Laune die Millionen in die eigene Tasche stecken. Es ist daher eine berechtigte Forderung, dass Vorstandsgehälter sich ausschließlich an langfristigen, nachhaltigen Erfolgskriterien orientieren müssen. Die Beschäftigungsbilanz gehört ebenfalls dazu.

Die Politik muss den Exzessen ein Ende setzen!